

II-1107 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 666 IJ

1991-03-13

ANFRAGE

der Abgeordneten Dipl.Soz.Arb. Srb und FreundInnen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Kosten einer bundeseinheitlichen Pflegesicherung

Einer Zeitungsmeldung ist zu entnehmen, daß der Generaldirektor des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger die anfallenden Kosten für 500.000 pflegebedürftige Personen mit 66 Milliarden Schilling beziffert, was zu einer Beitragserhöhung von 10 % führen würde.

Diese offensichtlich lancierte Horrormeldung steht im krassen Gegensatz zur Diskussion der letzten Jahre. Insbesondere widerspricht sie den Berechnungen, welche in der Studie der GRÜNEN "Selbstbestimmt leben durch persönliche Assistenz" sowie im Bericht der Arbeitsgruppe "Vorsorge für pflegebedürftige Personen" angestellt wurden.

Dies erstaunt umso mehr, wenn man weiß, daß mehrere Personen den Hauptverband bei den Sitzungen der Arbeitsgruppe in Ihrem Ministerium vertreten haben.

Wir stellen daher an Sie, Herr Minister, folgende

ANFRAGE

- 1) Wie stehen Sie zu den obengenannten Äußerungen?
- 2) Wurden diese Äußerungen mit Ihnen abgesprochen?
- 3) Wenn nein, werden Sie dafür Sorge tragen, daß es in Zukunft aus dem Hauptverband nicht mehr zu solchen, der Sache enormen Schaden zufügenden, Äußerungen kommen wird?
- 4) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß Berichte, an denen Mitarbeiter des Hauptverbandes mitgearbeitet haben, auch von den Führungsgremien desselben gelesen und zur Kenntnis genommen werden?

- 5) Sind Sie bereit, dem Generaldirektor des Hauptverbandes ein Exemplar des Berichtes der Arbeitsgruppe "Vorsorge für pflegebedürftige Personen" mit persönlicher Widmung zu übersenden?
- 6) Was werden Sie zur Schadensminimierung unternehmen?